

# Niederschrift

## JHA/028/2025

über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des  
Jugendhilfeausschusses der Stadt Rheine  
am 12.03.2025

Die heutige Sitzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Sitzungssaal 126 des Neuen Rathauses.

### Anwesend als

#### Vorsitzender:

Herr Dieter Führer	CDU	Ratsmitglied/Vorsitzender (bis 18:40 Uhr - TOP 6)
Frau Gabriele Leskow	SPD	Ratsmitglied/1. Stellv. Vorsitzende (Vorsitz ab 18:40 Uhr - TOP 6)

#### Mitglieder:

Herr Til Beckers	CDU	Ratsmitglied
Herr Martin Beckmann	CDU	Ratsmitglied
Herr Udo Hewing	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Frau Gabriele Leskow	SPD	Ratsmitglied/1. Stellv. Vorsitzende (Vorsitz ab 18:40 Uhr - TOP 6)
Frau Birgitt Overesch	CDU	Ratsmitglied
Herr Heiko Schomaker	UWG	Sachkundiger Bürger
Frau Antonia Richter		Ausschussmitglied f. Jugendverbände
Herr Max Richter		Ausschussmitglied f. Jugendverbände
Frau Sylvia Egelkamp		Ausschussmitglied f. Jugendwohlfahrtsverbände
Herr Winfried Hülsbusch		Ausschussmitglied f. Jugendwohlfahrtsverbände (bis 19:00 Uhr - TOP 6)

**beratende Mitglieder:**

Herr Christian Evers	BfR	Sachkundiger Bürger (bis 18:30 Uhr - TOP 6)
Frau Annette Floyd-Wenke	DIE LINKE	Ratsmitglied (bis 18:51 Uhr - TOP 6)
Frau Carla Zachey		AG 78 (bis 20:00 Uhr - TOP 8)

**beratende Sachkundige Einwohner:**

Frau Andrea Bischoff		Sachkundige Einwohnerin f. Familienbeirat
Frau Emine Dursun	SPD	Sachkundige Einwohnerin f. Integrationsrat (bis 19:00 Uhr - TOP 6)
Frau Mona Gedicke		Interessensvertreterin Jugendteam
Frau Nina Jansen		Sachkundige Einwohnerin f. Beirat f. Menschen mit Behinderung
Frau Cosima Rottmann		Jugendamtselternbeirat (bis 19:00 Uhr - TOP 6)
Frau Sabine Schillack		Ausschussmitglied f. Schulen (bis 18:50 Uhr - TOP 6)

**Vertreter:**

Herr Dr. Christian Grävingshoff	FDP	Vertretung für Herrn André Heeke
Frau Doris Hasenkamp-Jakob		Vertretung für Herrn Domenico Bellinvia
Frau Tatjana Lücke	SPD	Vertretung für Frau Yvonne Köhler

**Gäste:**

Herr Alexander Daum		AWO Unterbezirk Münster-Recklinghausen (TOP 7)
Frau Nicole Gräwe		educare Bildungskindertagesstätten gGmbH (TOP 6)
Herr Luka Haermeyer		ARTandTECH.space (TOP 9)
Herr Dirk Holtmann		Stadtjugendring Rheine e. V. (TOP 8 und 9)
Frau Simone Mannefeld		Evangelischer Kirchenkreis

Frau Lara May	Tecklenburg (TOP 6)
Frau Caterina Moscato	Stadtjugendring Rheine e. V. (TOP 9)
Frau Sonja Ostapczuk	Stadtjugendring Rheine e. V. (TOP 9)
Frau Josephine Schieblon	Evangelischer Kirchenkreis Tecklenburg (TOP 6)
Frau Kathrin Seggert	AWO Unterbezirk Münster-Recklinghausen (TOP 7)
Frau Kerstin Seitz	educcare Bildungskindertagesstätten gGmbH (TOP 6)
Frau Doris Wengler	educcare Bildungskindertagesstätten gGmbH (TOP 6)
	Evangelischer Kirchenkreis Tecklenburg (TOP 6)

**Verwaltung:**

Herr Raimund Gausmann	Beigeordneter
Frau Jana Droste	Koordination Schulsozialarbeit / Kinder- und Jugendarbeit/-schutz
Frau Katja Käschner	PV Kindergärten und Kindertagespflege
Frau Diana Möllers	PV Kinder- und Jugendarbeit und Spiel- und Freizeitflächen
Frau Annette Wiggers	Jugendamtsleiterin
Frau Andrea Atrott	Schriftführerin

**Entschuldigt fehlen:**

**Mitglieder:**

Herr André Heeke	FDP	Sachkundiger Bürger
Frau Yvonne Köhler	SPD	Ratsmitglied
Herr Carsten Timpe		Ausschussmitglied f. Jugendverbände
Frau Petra Fettich		Ausschussmitglied f. Jugendwohlfahrtsverbände

**beratende Sachkundige Einwohner:**

Herr Domenico Bellinvia	Ausschussmitglied f. Katholische Kirche
Frau Andrea Gehring	Ausschussmitglied f. Arbeitsverwaltung
Herr Stefan Heskamp	Ausschussmitglied f. Polizei
Herr Jörg Langhans	Ausschussmitglied f. Richter
Frau Claudia Raneberg	Ausschussmitglied f. Evangelische Kirche

Herr Fühner eröffnet die heutige Sitzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt Rheine.

Er informiert, dass er die Sitzung um 18:40 Uhr verlasse und Frau Leskow die Sitzungsleitung dann übernehme. Er bittet, dass der Tagesordnungspunkt 10 (*Vorlage 081/25 „Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD: Deckelung der Fortschreibungsrate auf die Elternbeiträge zum Betreuungsjahr 2025/2026“*) auf den TOP 5 vorverlegt werde. Der Ausschuss stimmt dem zu.

Weitere Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Herr Gausmann informiert, dass für die Erstellung der Niederschrift zur Unterstützung ein KI-Tool (*Künstliche Intelligenz*) verwendet werde.

**Öffentlicher Teil:**

**1. Niederschrift Nr. JHA/027/2025 über die öffentliche Sitzung am 29. Januar 2025**

Es gibt weder Änderungs- noch Ergänzungswünsche.

**2. Informationen der Verwaltung**

Herr Gausmann spricht über die eingestellten Informationen und fügt hinzu, dass der Kümpers-kinder e. V. Mitglied eines Spitzenverbandes der Wohlfahrtspflege – Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband NRW – geworden sei und der Verein somit die letzte Hürde zur Übernahme der Kita-Trägerschaft genommen habe.

Herr Schomaker fragt, ob die Umstellung des Ferienparadies-Anmeldesystems auf die Familien-App erfolgt sowie ein online-Zugang ohne App-Anmeldung möglich sei.

Herr Gausmann antwortet, dass die Umstellung aufgrund personalbedingter Probleme noch nicht erfolgt sei und analoge Anmeldungen weiterhin möglich seien.

### **3. Einwohnerfragestunde**

Es gibt keine Einwohnerfragen.

### **4. Informationen aus dem Familienbeirat**

Frau Bischoff informiert, dass sich der Familienbeirat mit dem im Februar 2025 durchgeführten Workshoptag beschäftigt habe und bei einer Abfrage für eine neue Neuauflage des Elternbegleitbuches beim Jugendamtse Elternbeirat und den Kindertageseinrichtungen festgestellt worden sei, dass bei einigen Familien keine Bücher angekommen seien. Der Familienbeirat werde das weitere Vorgehen besprechen.

Sie führt fort, dass sich der Familienbeirat mit dem Seniorenbeirat getroffen habe, um eine Familienaktion für den Herbst zu planen. Des Weiteren werde in den nächsten Wochen Kontakt mit dem Kinderbeirat aufgenommen, um nach vernetzbaren Themen zu fragen.

### **5. Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD: Deckelung der Fortschreibungsrate auf die Elternbeiträge zum Betreuungsjahr 2025/2026 Vorlage: 081/25**

Herr Hewing verweist auf den Antrag und gibt an, dass Rheine im letzten Jahr aufgrund der Kindpauschale-Anbindung eine Erhöhung von knapp 10 % beschlossen habe und alle anderen im Kreis von 4 %. Er führt fort, dass der Kreis die Erhöhung für das Kita-Jahr 2025/2026 auf 4 % deckeln werde und Emsdetten 0 % beschlossen habe. Von den Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sei der vorliegende Antrag gestellt worden, in Rheine für das Kita-Jahr 2025/2026 keine Erhöhung bzw. hilfsweise auf maximal 4 % festzulegen, hingegen die Verwaltung 6 % vorschlage.

Herr Gausmann bestätigt, dass der Rat in Emsdetten mehrheitlich 0 % beschlossen habe und die Verwaltung in Greven eine Erhöhung von 6 % vorschlage, sich jedoch noch in der Beratungsfolge befinde. Nach seinem Kenntnistand habe Ibbenbüren im letzten Jahr wie Rheine nicht reduziert. Mit dieser Vorlage schlage die Verwaltung eine Erhöhung von 6 % vor, weil sie 9,49 % für zu viel halte und ein Signal an die Eltern geben wolle. Zudem sei im Haushaltsplanbeschluss eine Erhöhung um 6 % aufgenommen worden, sodass bei einem entsprechenden Beschluss keine erneute Beschlussfassung im Rat erforderlich sei. Bei einem höheren Prozentsatz bis 9,49 könne ebenfalls eine endgültige Beschlussfassung herbeigeführt werden. Bei einem niedrigeren Prozentsatz als den 6 % müsse ein Empfehlungsbeschluss an den Rat erfolgen, weil der Jugendhilfeausschuss nur im Rahmen seiner ihm zur Verfügung gestellten Mittel eine eigenständige Beschlussfassung herbeiführen dürfe.

Herr Fühner gibt an, dass im Beschlussvorschlag des Fraktionsantrages das Kalenderjahr 2025 genannt werde, sich der Antrag jedoch auf das Kita-Geschäftsjahr 2025/2026 beziehe und daher entsprechend geändert werden müsse.

Frau Floyd-Wenke äußert, dass sich die LINKE-Fraktion mit beratender Stimme im Jugendhilfeausschuss im Sinne von Elternentlastung über einen Beschluss mit 0 % freuen würde.

Frau Rottmann gibt an, der Jugendamtse Elternbeirat sei bezüglich der großen Erhöhung im letzten Jahr von verschiedenen Politikern mit den Worten getröstet worden, dass es sich um eine einmalige Sache handeln würde, und doch wiederhole es sich in diesem Jahr.

Frau Lücke gibt an, dass die SPD-Fraktion entsprechend dem Antrag den Eltern mit den 0 % entgegenkommen wolle, da Bildung Chancengleichheit bedeute und bewahrt werden solle. Bei der letztjährigen Erhöhung habe die Fraktion mit vielen Eltern Gespräche geführt und gesagt bekommen, dass sie an ihre Grenzen angekommen seien und über Stundenabsenkungen nachdenken würden. Sie bestätigt, dass es in dem Fraktionsantrag um das Kindergartenjahr 2025/2026 gehe. Für die Folgejahre spreche sich die SPD-Fraktion für eine Deckelung der Beitragserhöhungen bis zu einer bestimmten Prozentzahl aus.

Frau Overesch kommentiert, dass die CDU-Fraktion die Nöte der Eltern sehe, jedoch wegen der Haushaltsbelastung der Stadt Rheine dem Vorschlag der Verwaltung mit der Erhöhung von 6 % folgen werde.

Herr Richter äußert, dass die Mehrheit der Jugend- und Wohlfahrtsverbände sich zur Abwägung der Elterninteressen und des knappen Haushaltes für 4 % positionieren würde. Den Überarbeitungsbedarf der Beitragsordnung für eine sozialgerechtere Anpassung an die Lebensrealitäten würden sie ebenfalls sehen und hoffen, dass es eine sich den Einkommensgrenzen automatisch anpassende Deckelung der KiBiz-Pauschale (*Kinderbildungsgesetz NRW*) oder eine Entkoppelung geben werde.

Herr Fühner äußert, dass es heute ausschließlich um die Elternbeiträge für das Kita-Jahr 2025/2026 und nicht um die Überarbeitung der Elternbeitragsordnung gehe. Das Ergebnis des Landes zur Novellierung des Kinderbildungsgesetzes stehe nach wie vor aus. Die interfraktionelle Arbeitsgruppe in Rheine werde unabhängig davon ihre Arbeit und Zielsetzung im Kontext von OGS fortführen. Dazu werde die Verwaltung eine Beschlussvorlage für die Jugendhilfeausschusssitzung im Juni 2025 im Wissen um die Kommunalwahlen im September dieses Jahres und den Haushalt 2026/2027 erstellen.

Herr Hewing äußert sein Bedauern, dass bei einem Beschlussvorschlag mit einer geringeren Erhöhung als 6 % die Entscheidung im Rat beschlossen werden müsse, da dort keine Jugend- und Jugendwohlfahrtsverbände vertreten seien und eine andere Mehrheit als heute im Jugendhilfeausschuss entstehen könnte.

Herr Fühner geht davon aus, dass die jeweiligen Fraktionen das Thema im Vorfeld intern beraten haben. Im Falle einer Weiterleitung an den Rat sei mit einer Rückspiegelung der heutigen Diskussionen zu rechnen. Er wiederholt seine Aussage, dass es heute um keine langfristige Regelung gehe, sondern um einen Beschluss für das Kita-Jahr 2025/2026.

Herr Schomaker gibt an, dass viele Familien durch die Kita-Beitragserhöhung von knapp 10 % aus dem vergangenen Jahr sowie die Anhebung der Hebesätze etc. belastet worden seien und die UWG-Fraktion deshalb ihr Votum für den Antragsteller mit den 0 % gebe.

Herr Dr. Gravinghoff äußert, dass die FDP-Fraktion sich mehrheitlich für die 6 % ausgesprochen habe, aber offen gegenüber weiteren Aspekten sei, die heute eine geänderte Gewichtung notwendig machen würden.

Herr Beckmann gibt an, dass eine Erhöhung von 4 % für untere Einkommensgruppen wenige Euro im Monat bedeuten würde und die CDU-Fraktion angesichts der Lohnerhöhungen der letzten Jahre die 4 % für eine Kompromisslösung halte.

Frau Lücke äußert, die SPD-Fraktion könne die Argumentation, wonach die Beiträge so gering seien, dass sie für die Eltern kaum belastend wären, nicht nachvollziehen. Dennoch könne sie sich aufgrund des Diskussionsverlaufes auf 4 % einlassen.



Frau Seggert erklärt, dass es bei einem teiloffenen Konzept offene oder angelehnte Türen gebe und die Kinder sich in mehreren Räumen frei bewegen können. Weiter erzählt sie von ihren Erfahrungen mit dem offenen Konzept und gibt an, dass es in ihrer Kita bisher keine Personalprobleme gebe.

Frau Seitz fügt hinzu, dass sich educcare wie andere Träger für die Personalgewinnung über die inhaltliche Schiene mit ein wenig Social Media definiere und kein aggressives Personalabfangen z. B. über Instagram oder TikTok durchführe.

Frau Seggert äußert, dass Inklusion für educcare wichtig sei. Sie seien ein bunt gemischtes Team, in dem jede Person, egal ob Kind, Auszubildende oder Angestellte, gleichgestellt sei.

Frau Dursun fragt, ob educcare Deutschkenntnisse als Einstellungskriterium vorgebe oder jemanden z. B. ohne Deutschkenntnisse als Helfer/Helferin einstelle und aufbaue.

Frau Seitz gibt an, dass educcare individuell reagiere und die Personen im Kita-Alltag begleiten würde, genauso wie sie es mit den Eltern machen würden; Vielfalt sei bereichernd.

Die Vertreterinnen von educcare verlassen den Ratssaal, und die Vertreterinnen des Evangelischen Kirchenkreises Tecklenburg sowie Frau Zachay betreten den Ratssaal.

Frau Mannefeld, Frau Ostapczuk und Frau Wengler stellen ihre Präsentation für den Evangelischen Kirchenkreis Tecklenburg vor (**Anlage 2**).

Während der Präsentation verabschiedet sich Herr Fühner und übergibt die Sitzungsleitung an Frau Leskow.

Herr Richter fragt, wie der Evangelische Kirchenkreis Tecklenburg die Kita-Personalgewinnung gestalte.

Frau Mannefeld antwortet, dass der Ev. Kirchenkreis Tecklenburg gutes Personal vor Ort habe und dieses stärken und die Auszubildende begleiten möchte. Dazu gebe es Zufriedenheitsabfragen, Mitarbeitendenvertretungsgespräche, die Personalentwicklungssäule und das Personalausfallmanagement-Konzept. Sie führt fort, dass für ältere Angestellte, die vielleicht nicht mehr auf dem Spielteppich sitzen wollen oder können, andere Möglichkeiten innerhalb des Verbundes entwickelt würden. Der Ev. Kirchenkreis gebe 10 bis 20 % mehr Stunden als üblich in die Kitas hinein und versuche bei Personalausfall durch Einschränkung der Betreuungszeiten, Unterstützungsmöglichkeiten aus anderen Einrichtungen oder über Zeitarbeitsfirmen vor Ort, Gruppenschließungen zu verhindern.

Herr Hewing fragt, ob es durch die christliche Religionspädagogik zu Spannungen komme.

Frau Mannefeld antwortet, dass es für die Kinder kein Problem sei und ihnen das Mitmachen und Singen in der Kinderkirche Spaß mache. Sie führt fort, dass bei Bedenken von Eltern aus verschiedenen Religionsgruppen nach einer Lösung gesucht werde, damit das Kind z. B. weiter in der Gemeinschaft singen könne.

Frau Wengler betont die Offenheit für alle Glaubensrichtungen und die Bedeutung der Vielfalt.

Frau Ostapczuk äußert, dass sie es als Privileg ansehe, unterschiedliche Religionen und Kulturen kennenzulernen, und bei einer vernünftigen Aufklärung der Eltern löse sich das Problem oft auf.

Zu der Frage von Frau Overesch antwortet Frau Mannefeld, dass sich die Fachberatung von der Geschäftsführung abgrenze und pädagogische Beratungen anbiete, vergleichbar mit einer Erziehungsberatung in den Einrichtungen. Die Fachberatung nehme an Fortbildungen teil und unterstütze die Teams bei Fragen zur Pädagogik, Elternarbeit oder Teamkonflikten vor Ort.

Frau Lücke fragt, wie die Inklusion bei Kindern mit Behinderung aussehe und ob ein teiloffenes, ein offenes oder ein gruppenbezogenes Konzept vorliege.

Frau Mannefeld antwortet, dass jede Einrichtung nach einem von drei verschiedenen Konzepten arbeite und mit den Eltern geschaut werde, in welche Kita vor Ort ihr Kind hinein passe, ob es eine engere Begleitung benötige oder bei Bedarf in der Kita etwas angepasst werden könne. Sie äußert, dass herausforderndes Verhalten von Kindern ein enormer Bestandteil der täglichen Arbeit geworden sei und sie sich auf der Suche nach den besten Unterstützungsmöglichkeiten für das Kind Hilfe hole über Fachkonferenzen, kommunale Jugendämter, das Kreisjugendamt, eine Fachberatung vor Ort oder eine Fachberatung der Diakonie.

### **Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Vorstellung der Träger

- educcare Bildungskindertagesstätten gGmbH, Alter Markt 36-42, 50667 Köln
- Evangelischer Kirchenkreis Tecklenburg, Sonnenwinkel 1, 49545 Tecklenburg

bezüglich der Trägerschaft für die Kita in Rheine-Mesum zur Kenntnis.

### **7.           Berichterstattung zum queeren Jugendtreff "PRIDE Rheine" Vorlage: 069/25**

Herr Gausmann gibt an, dass der Wunsch von einem Vertreter des Stadtjugendringes gekommen sei, die Arbeit des queeren Jugendtreffs „PRIDE Rheine“ im Jugendhilfeausschuss vorzustellen. Er führt fort, dass das Angebot über Projektmittel des LWL bis April 2025 finanziert werde und hoffentlich über den Folgeantrag weiterlaufen könne. Mit der Haushaltsplanung 2027/2028 könne geklärt werden, ob das Angebot als elementarisch in den Kinder- und Jugendförderplan mit einer verstetigten Finanzierung aufgenommen werden soll.

Frau Schieblon und Herr Daum (Arbeiterwohlfahrt Unterbezirk Münster-Recklinghausen) stellen ihren Bericht (**Anlage 3**) vor.

Frau Overesch fragt, ob das Angebot besser oder schlechter angenommen werde und die Räume an einer richtigen Stelle liegen würden.

Herr Hewing fragt, ob auch nicht queere jugendliche Besucher kommen würden.

Herr Daum antwortet, dass der Algorithmus in Social Media auch Nachteile für queere Jugendliche habe, da die Inhalte von einem einmal eingegebenen queeren Suchbegriff auf anderen Seiten immer wieder vorgeschlagen würden und bei einigen Jugendlichen leider einen Eindruck erzeuge, es gäbe nur noch queere Menschen, wodurch diese eine Antihaltung entwickeln und ihre Transhomofeindlichkeit offen aussprechen würden, was es früher so nicht gegeben habe. Er führt fort, dass die Mehrheit der Jugendlichen nichts gegen queere Menschen habe und teilweise als selbstverständlich ansehen würde. In ihrer Fachstelle werde viel Aufklärungsarbeit

über die Medien wie Instagram betrieben, z. B. über das Projekt Liebesleben. Ob das Angebot besser oder schlechter angenommen werde, könne er nicht beantworten.

Herr Gausmann hebt die Bedeutung der Demokratieförderung für Kinder und Jugendliche hervor.

Frau Schieblon kommentiert, dass queere Jugendliche leider vereinzelt in Schulen und auf den Social-Media-Plattformen queerfeindlichen Angriffen ausgesetzt seien und es wichtig sei, in der Gesellschaft „Flagge zu zeigen“, um den queeren Jugendlichen den „Rücken zu stärken“, wofür letztendlich ihre Fachstelle stehe.

Zu den Treffräumen im Bistro sagt sie, dass diese schön seien und alles Nötige inklusive eines Billardtisches vorhanden sei, sie sich langfristig jedoch eigene Räume an einem zentraleren Ort wünsche, um für die Besucherinnen und Besucher besser erreichbar zu sein und mit ihnen gemeinsam die Wände gestalten zu dürfen. Weiter führt sie an, dass auch Transpersonen heterosexuell sein können und dass das PRIDE für alle offen sei.

Frau Egelkamp wirbt dafür, dass der Jugendhilfeausschuss sich frühzeitig um die Finanzierung und alternative Finanzierungen kümmern möge, z. B. über Fördermittel oder, wie es Ibbenbüren gemacht habe, über die Aktion Mensch mit einem Glücksrad.

Herr Daum gibt an, dass die Fachstelle regelmäßig nach Projektgeldern und Aktionen wie mit dem Glücksrad usw. schaue, um die Fachstelle aufrechterhalten zu können. Leider seien die Projektgelder für kurzfristige Zeiträume ausgelegt und schwer zu bekommen.

Frau Richter betont, dass der Jugendhilfeausschuss Interesse an der Fortführung habe, sie auf ein wachsendes gesellschaftliches Bewusstsein und damit auf eine steigende Inanspruchnahme von Beratungsangeboten hoffe.

Auf die Frage von Frau Lücke antwortet Frau Schieblon, es komme schon mal vor, dass sie eine jugendliche Person, die aufgrund anderer Verpflichtungen weder mittwochs noch freitags zu ihr ins PRIDE Rheine kommen könne, auf umliegende Angebote verweise, z. B. habe Emsdetten einmal in der Woche ein queeres Treffangebot. Da sie mit zwei festen Tagen im Kreis Recklinghausen vertreten sei, sei ihr ein Tausch der Tage leider nicht möglich.

Herr Daum fügt hinzu, dass die Fachstelle in Schulen in Rheine gehe, um auf ihr Angebot aufmerksam zu machen und es sei ein Antrag für eine weitere halbe Stelle gestellt worden, um einen weiteren Öffnungstag realisieren zu können.

Auf die Frage von Frau Jansen antwortet Frau Schieblon, dass auch queere Jugendliche mit Beeinträchtigung das Angebot regelmäßig nutzen würden.

Herr Hewing betont, dass die Arbeit der Einrichtung einen vorbeugenden Charakter habe.

### **Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht zum queeren Jugendtreff „PRIDE Rheine“ zur Kenntnis.

### **8.           Berichterstattung zum Projekt "Fit für Demokratie" Vorlage: 070/25**

Herr Gausmann äußert, dass das im Jugendhilfeausschuss beschlossene Projekt „Fit für Demokratie“ eine zentrale Bedeutung für die Demokratieförderung und -stärkung habe und der Zwischenbericht heute die dritte Vorstellung sei. Zusammen mit den beiden anderen Projekten der heutigen Tagesordnung „PRIDE Rheine“ und „No Fake, just Facts!“ beschäftige sich der Ausschuss fachlich orientiert mit der Demokratieförderung von Kindern und Jugendlichen, wodurch die demokratische Grundordnung gestärkt werde.

Frau Richter (Jugend- und Familiendienst Rheine e. V.) und Herr Holtmann (Stadtjugendring Rheine e. V.) stellen ihre Präsentation (**Anlage 4**) vor.

Frau Leskow kommentiert, dass die Aktionen für die Bundestagswahl vom Team professionell durchgeführt worden seien.

Frau Egelkamp gibt an, sie habe über ihre Arbeit mit Kindern in der Hilfe zur Erziehung erfahren, dass fremde Personen vor der Wahl mit benachteiligten Kinder im Kreis über Hitler gesprochen hätten und von den Kindern als „toll“ bezeichnet worden seien. Da seien Kräfte am Werk, die ihr nicht gefallen und Sorgen bereiten würden.

Herr Richter betont die Notwendigkeit einer Folgefinanzierung für das Projekt.

Frau Richter kommentiert, dass heterogene Gruppen in den Projekten vertreten seien, aber eben auch viele Kinder und Jugendliche bisher nicht erreicht worden seien. Sie führt fort, dass es Ideen für das Projekt „No Fake, just Facts!“ gebe und beabsichtigt werde, sich in Vereinen, Verbänden und Schulen besser aufzustellen, um gemeinsam an der Sache zu arbeiten.

Herr Beckmann erzählt von eigenen Erfahrungen in der Umbruchphase der DDR sowie Fahrten in den Iran. Er regt an, Flüchtlinge in Rheine über ihre Erfahrungen mit Diktaturen wie in Syrien oder Iran gegenüber Jugendlichen berichten zu lassen oder mit Jugendlichen Fahrten in Länder mit strengeren Grenzkontrollen wie Saudi-Arabien, Jordanien oder Israel zu organisieren, um ihnen das Bewusstsein für Demokratie und Meinungsfreiheit näher bringen zu können.

Frau Lücke äußert, dass Schülerinnen und Schüler oftmals den Ernst der Lage zur Demokratie nicht erkennen würden, so sei z. B. von vielen bei den Probewahlen in den Schulen aus Spaß die AfD gewählt worden. Sie führt fort, dass einige Kulturkreise fehlgeleitet Sicherheit in Verbindung mit rechten Parteien sehen würden. Sie sehe die Notwendigkeit, diese Tendenzen zu berücksichtigen

Herr Hewing gibt an, sich den Äußerungen anzuschließen, und fügt hinzu, in einer Podiumsdiskussion mit Jugendlichen den Eindruck bekommen zu haben, dass einige nicht nur aus Spaß AfD wählen würden, sondern rechtsextrem seien. Er habe bei der letzten Vorstellung des Projektes bereits gefragt, wie Jugendliche mit der Tendenz zum Rechtsextremismus erreicht werden können, und erkundigt sich nun, ob im Rahmen der Projektarbeit Anfeindungen vorkommen würden.

Frau Richter erklärt, dass Anfeindungen bisher nicht vorgekommen seien, aber junge Menschen manchmal bedenkliche Aussagen treffen würden. Sie betont, dass es hilfreich sei, in solchen Situationen Haltung zu zeigen und in die Aufklärung zu gehen.

Herr Holtmann kommentiert, er halte es für eine gute Entwicklung, dass bei der jetzigen Bundestagswahl die AfD von weniger jungen Menschen gewählt worden sei, als es noch bei der Europawahl oder den Wahlsimulationen der Fall gewesen sei.

Frau Egelkamp äußert, dass es ihr Sorgen bereite, welche Personen heutzutage die Jugendlichen beeinflussen würden.

Herr Holtmann antwortet auf die Frage von Frau Leskow, dass es keine Kooperation mit Grundschulen gebe, da diese Altersgruppe für ihre Angebote noch nicht geeignet sei. Er führt fort, dass eine Abfrage bei Teilnehmenden auf dem Riga-Symposium bestätigt habe, dass sie eine Fahrt nach Berlin und Auschwitz erst für Kinder ab einer Altersgrenze von 16 Jahren sehen würden.

Herr Gausmann hebt hervor, dass Demokratieförderung bereits im Kindergarten beginne und es in vielen Grundschulen Schülerparlamente für Kinder gebe. Er erwähnt, dass es Herausforderungen im Umgang mit fremdenfeindlichen und antisemitischen Äußerungen im Grundschulbereich gebe und er eine Demokratieförderung für Kinder ab 10 oder 11 Jahren für wichtig erachte.

**Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht zum Projekt „Fit für Demokratie – Jugend stärken für Toleranz, Beteiligung und Vielfalt“ zur Kenntnis.

**9. Berichterstattung zum Projekt „No Fake, just Facts!“  
Vorlage: 071/25**

Frau Moscato, Frau May und Herr Holtmann (Stadtjugendring e. V.) sowie Herr Haermeyer (ARTandTECH.space e. V.) stellen ihre Präsentation (**Anlage 5**) sowie ein Video vor.

Es gibt keine Wortmeldungen.

**Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht zum Projekt „No Fake, just Facts!“ zur Kenntnis.

**10. Bedarfsfeststellung nach dem Kinderbildungsgesetz für das Kindergartenjahr  
2025/2026  
Vorlage: 045/25**

Herr Gausmann berichtet über folgende Veränderungen bei den Kitabelegungen, die sich seit der Veröffentlichung der Vorlage ergeben haben:

Kinderland Nienbergstraße	Gruppenform I	1 Kind von Ib zu Ic
Kita Löwenzahn	Gruppenform III	1 Kind von IIIb zu IIIc
Kita Hohe Heide	Gruppenform I	1 Kind von Ia zu Ic
Kita Hohe Heide	Gruppenform II	1 Kind von IIa zu IIb
Kita Hohe Heide	Gruppenform III	1 Kind von IIIc zu IIIb
Kita St. Mariä-Heimsuchung	Gruppenform I	1 Kind U3 von Ic zu Ib
Kita St. Mariä-Heimsuchung	Gruppenform I	1 Kind Ü3 zusätzlich in Ib
Kita St. Mariä-Heimsuchung	Gruppenform III	2 Kinder zusätzlich in IIIb
Kita Lummerland	Gruppenform I	1 Kind zusätzlich in Ia
Kinderland Nienbergstraße	Gruppenform III	1 Kind von IIIb zu IIIc
Kita Lummerland	Gruppenform III	2 Kinder von IIIb zu IIIc

Kita Thieberg	Gruppenform III	1 Kind von IIIb zu IIIc
Kita St. Marien Mesum	Gruppenform III	1 Kind zusätzlich in IIIb
Kita St. Josef Mesum	Gruppenform I	1 Kind Ü3 von Ib zu Ic
Kita St. Josef Mesum	Gruppenform III	1 Kind IIIb zu IIIa
Jakobi-Kindergarten	Gruppenform I	1 Kind U3 von Ia zu Ib
Jakobi-Kindergarten	Gruppenform I	1 Kind Ü3 weniger in Ic
Jakobi-Kindergarten	Gruppenform III	2 Kinder mehr in IIIc
Jakobi-Kindergarten	Gruppenform III	1 Kind m. Beh. weniger in IIIc
Kita Gartenstadt	Gruppenform I + II	2 Kinder von Ib in IIa 2 Kinder von IIc in Ic

Er führt fort, dass es gelungen sei, die Überbelegungen der letzten Jahre abzubauen, und es freie Plätze in Tageseinrichtungen sowie in der Tagespflege gebe. Für die Juni-Sitzung stehe die Kita-Bedarfsplanung auf der Tagesordnung, wo im Sinne von Qualitätssteigerung geschaut werde, ob in älteren Einrichtungen ein Sanierungsstau vorliege und behoben oder nicht behoben werden solle und wo perspektivisch ein Abbau einzelner Kita-Gruppen vorgenommen werden könne.

Frau Overesch regt an, eine Tagespflegeperson zu einer Sitzung, gern im Juni 2025, einzuladen, damit diese über das Angebot und die Situation von Tagespflegepersonen informieren könne.

Herr Gausmann antwortet, dass er die Anregung mitnehme.

#### **Beschluss:**

1. Der Jugendhilfeausschuss stimmt den im Rahmen der örtlichen Jugendhilfeplanung im Benehmen mit den Trägern der Kindertageseinrichtungen erarbeiteten Ergebnissen für jede einzelne Kindertageseinrichtung (Anlage 1) zur Umsetzung des Kinderbildungsgesetzes (KiBiz) für das Kindergartenjahr 2025/2026 zu.
2. Gleichzeitig wird den Trägern im Vorgriff auf den noch zu erstellenden Bewilligungsbescheid das notwendige Budget garantiert, um auf dieser Basis zeitnah die Betreuungsverträge mit den Eltern schließen zu können.
3. Der Jugendhilfeausschuss erteilt der Verwaltung des Jugendamtes den Auftrag, kommende Änderungen für das Kindergartenjahr 2025/26 zu prüfen und im Einvernehmen mit den Trägern der Kindertageseinrichtungen bei der Belegung zu berücksichtigen.
4. Der Jugendhilfeausschuss stimmt dem von der örtlichen Jugendhilfeplanung ermittelten Bedarf an Betreuungsplätzen in der Kindertagespflege (342 Plätze für U3-Kinder und 12 Plätze für Ü3 Kinder), die von 76 Kindertagespflegepersonen angeboten werden, zu.
5. Der Jugendhilfeausschuss beschließt, dass U3-Plätze, die im Rahmen der U3-Investitionsprogramme geschaffen wurden, vorrangig mit Kindern unter drei Jahren zu belegen sind.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**11. Anfragen und Anregungen**

Es gibt weder Anfragen noch Anregungen.

**Ende des öffentlichen Teils: 20:17 Uhr**

---

Dieter Fühner  
Ausschussvorsitzender

---

Andrea Atrott  
Schriftführerin